

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 - Jugend und Soziales	Datum 02.07.2002
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847 e-mail: s.biesenbach@fb5.stadt-gl.de
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)	Sitzung am Donnerstag, 27. Juni 2002
Sitzungsort Schulzentrum Ahornweg Ahornweg 70, 51469 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:12 Uhr - 21:32 Uhr
	Unterbrechungen 19:30 Uhr – 19:45 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**
- 2. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
318/2002**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
330/2002**

6. **CityPLAN: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet**
231/2002
7. **Vorstellung der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg**
355/2002
8. **Kinder- und Jugendsprechstunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**
356/2002
9. **Bericht über das Beteiligungsprojekt "Kinder überplanen das Buchmühlengelände"**
331/2002
10. **Stand der Jugendhilfeplanung**
315/2002
11. **Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne**
332/2002
12. **Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 - 2001**
313/2002
13. **Statistik - Erziehungsberatung nach § 28 KJHG von 1996 bis 2001**
314/2002
14. **Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis**
352/2002
15. **Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"**
230/2002
16. **Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung für Kinder**
351/2002
17. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
319/2002

3. **Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
329/2002
5. **Förderung der Verbraucherberatung**
361/2002
6. **Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach**
362/2002
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Frau Bendig eröffnet die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:12 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie bedankt sich beim Schulleiter der Hauptschule Ahornweg, **Herrn Artur Broch**, für die Bereitschaft, die Aula des Schulzentrums als Sitzungsort zur Verfügung zu stellen und bei den anwesenden Schülern und Schülerinnen der Klasse 10A für die Tischdekoration.

Frau **Maria Evertz** nimmt erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Sie ist daher zu verpflichten. Die Vorsitzende begrüßt Frau Evertz in den Reihen des Ausschusses und verpflichtet sie in feierlicher Form. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

2 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 24.04.2002 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Bezüglich des Spielplatzes *Auf'm Büchel* regt Herr Neuheuser an zu prüfen, ob das Retentionsbecken (Regenrückhaltebecken), das direkt neben dem Spielplatz gebaut wird, zu Spielzwecken genutzt werden kann (z.B. als Matschecke).

Während Frau Wöber-Servaes sich lobend über die Durchführung intensiver Sicherheitsüberprüfungen auf Kinderspielplätzen äußert, weist Herr Hoffstadt darauf hin, dass sich dies aus der Verkehrssicherungspflicht der Stadt ergibt.

Herr Hastrich entschuldigt Herrn Kotulla, der urlaubsbedingt nicht an der Sitzung teilnimmt.

Weiterhin verweist Herr Hastrich auf das Schreiben der Verwaltung zur Beantwortung der Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs bezüglich der Verunreinigung der Spielplätze durch Hundekot. Es wurde als Tischvorlage verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Zur derzeitigen Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* führt Herr Hastrich aus, dass die vakanten Stellen in den Produktgruppen *Unterhaltungsvorschuss* und *Bezirkssozialarbeit* wiederbesetzt werden. Dies führt allerdings zu einer Vakanz im Bereich der *Jugendgerichtshilfe*.

Für die Arbeit in der *Betreuungsstelle* wurde, bis zum Ablauf des Mutterschutzes der Stelleninhaberin, aushilfsweise eine Mitarbeiterin mit halbem Beschäftigungsumfang abgeordnet.

Für die Stellenbesetzung im *Seniorenbüro* ergaben sich noch keine neuen Erkenntnisse. Dem Vorschlag zur Stellenbesetzung in der Produktgruppe *Hilfe in Notlagen*, die vermutlich zum 01.09.2002 erfolgen kann, hat der Personalrat kürzlich zugestimmt.

Im Übrigen wird der Durchführungsbericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich begrüßt **Herrn Heinrich Hölzl**, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG in der Stadt Bergisch Gladbach (AG 78)* als Gast an der Sitzung teilnimmt.

Sodann verweist er auf die Mitteilungsvorlage.

Herr Neuheuser geht auf die Mitteilung zum Jugendwettbewerb *Partizipation* ein. Er kritisiert, dass die Frist von der Ausschreibung des Wettbewerbs bis zum Einsendeschluss für die Beiträge lediglich rund vier Wochen betragen hat. Diese Zeit hält er für zu kurz, um damit beispielsweise Gruppen von Jugendverbänden und Schulklassen die Möglichkeit zu geben, Vorschläge zu entwickeln, zu diskutieren und einzureichen. Er regt an, den Wettbewerb erneut auszuschreiben. Dieser Meinung schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Herr Zenz erläutert, dass die Laufzeit des Wettbewerbs so kurz bemessen war, weil einerseits Ergebnisse aus der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgestellten Studie zur Partizipation „Bergisch Gladbach, wir machen mit“ genutzt und andererseits Ergebnisse aus dem ausgeschriebenen Wettbewerb noch vor den Sommerferien vorgestellt werden sollten. Eine Sitzung des Arbeitskreises *Partizipation* ist für den 18.07.2002 vorgesehen. Hier soll es unter anderem um die Festlegung von Bewertungskriterien für eingereichte

Wettbewerbsbeiträge gehen und um die Frage, wie die Ergebnisse in Bergisch Gladbach umgesetzt werden sollen.

Herr Hastrich betont, dass die Verwaltung daran interessiert ist, Möglichkeiten zur Beteiligung zu eröffnen. Er sagt zu, die Schulen und die Institutionen der Jugendhilfe noch vor den Sommerferien darüber zu informieren, dass die Einsendemöglichkeit bis zu den Herbstferien ausgedehnt wird. Die Ergebnisse könnten in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 präsentiert werden.

6 CitypLAN: Das Planspiel zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet

Der Agenda-Beauftragte der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Carsten Mai, stellt das Planspiel zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet *Cityplan* vor.

Bei dem Spiel handelt es sich um ein Projekt zur Partizipation, das sich des Mediums Internet bedient, um Gruppen zu erreichen, die durch anderweitige Partizipationsangebote nicht zur Teilnahme gewonnen werden konnten.

Die gleichberechtigte Entwicklung der sozialen Belange sowie der Belange von Umwelt und Wirtschaft zur nachhaltigen Stadtentwicklung anhand einer vom *Spielleiter* (Agenda-Beauftragter) konkret gestellten Aufgabe stehen im Mittelpunkt des Spiels. Nicht das strategische Ausspielen der Belange gegeneinander ist Ziel, sondern deren gleichberechtigte Entwicklung und Verknüpfung miteinander. In einem *Forum* haben bis zu zehn angemeldete Gruppen von Spielern die Möglichkeit, Lösungsansätze zur Stadtentwicklung vorzustellen, mit anderen Gruppen in Kontakt zu treten und gegenseitig Argumente auszutauschen. Am *Kiosk*, das die Funktion der Presse und öffentlichen Meinung erfüllt, können Reaktionen auf die letzte Aktion der Gruppe abgefragt werden. Die Auswertung der Gruppenbeiträge erfolgt über die Vergabe von Punkten nach einem Punktesystem, mit dem die Beeinflussung auf die Stadtentwicklung, der *Stadtwert*, bewertet werden soll. Die Dauer eines Spiels ist auf vier bis sechs Wochen angelegt.

Auf die Frage von Herr Heimann nach dem Projektstart erläutert Herr Mai, dass das technische und inhaltliche Konzept des Spiels fertig entwickelt ist. Der Projektstart ist abhängig von der Finanzierung durch Sponsoren. Hierzu wurden Firmen und Organisationen angesprochen, die teilweise ihre Förderbereitschaft signalisiert haben. Herr Mai appelliert an die Ausschussmitglieder, Ideen an ihn weiterzugeben, die zu Sponsorenkontakten und -beteiligungen führen könnten. Erst in einem nächsten Schritt können Gruppen zur Teilnahme am Spiel eingeladen werden. Frau Lehnert bittet darum, auch Behindertenorganisationen als Spielpartner anzusprechen. Einige Ausschussmitglieder benennen potenzielle Sponsoren oder sagen zu, sich für das Projekt zu verwenden.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder, wie die Aufgaben des Spiels geartet sind, antwortet Herr Mai, dass sowohl fiktive Aufgabenstellungen eingespeist werden können, als auch Fragestellungen, die in Bergisch Gladbach real zur Lösung anstehen. Er rät, nur solche Aufgaben einzugeben, die nach dem

Willen von Politik und Verwaltung ergebnisoffen diskutiert werden können und für die Partizipation angestrebt wird. Auch Sponsoren kann die Möglichkeit eröffnet werden, eigene Fragestellungen als Aufgaben in das Spiel einzubringen.

Herr Mai führt aus, dass als Partner die im Technologiepark ansässige **Firma Oevermann Networks GmbH** gewonnen werden konnte, die mit dem *Börsenspiel* der Kreissparkasse bekannt geworden ist. Daraus resultierende Kontakte, vor allem zu Schulen, sollen nun für *Cityplan* genutzt werden. Langfristig erwartet Herr Mai mit dem Weiterverkauf der Spielidee Einnahmemöglichkeiten für den städtischen Haushalt.

Die Ausschussmitglieder loben das Spiel als innovatives Agenda-Projekt. Sie begrüßen, dass in dem Spiel der Beachtung sozialer Belange ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Herr Mai wird gebeten, zu gegebener Zeit eine Auswertung der ersten Spielrunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorzustellen. Es wird weiterhin gewünscht, auch die übrigen Projekte der Lokalen Agenda in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgestellt zu bekommen.

Herr Neuheuser zeigt sich erfreut, dass so viele verschiedene Möglichkeiten gefunden wurden, Partizipation umzusetzen. Er berichtet von Jugendlichen, die die Idee entwickelt haben, ein Portal für Bergisch Gladbach zu schaffen, in dem von Verwaltung und Politik getroffene Entscheidungen und Beschlüsse abgerufen und Sachstände zu laufenden Vorhaben eingesehen werden können.

Die Dokumentation der Vorführversion des Spiels ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Herr Mai weist ausdrücklich darauf hin, dass die Spielversion ansprechender und benutzerfreundlicher gestaltet sein wird.

Frau Bendig dankt Herrn Mai für seine Ausführungen.

7 Vorstellung der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg

Herr Artur Broch, Schulleiter der Hauptschule Ahornweg, begrüßt seinerseits die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und die Gäste. Er stellt die Schule und das seitens des Kollegiums entwickelte Schulprogramm vor.

Anhand von Beispielen je einer sechsten, neunten und zehnten Klasse stellt Herr Broch die vielfältige Zusammensetzung von Schulklassen an der Hauptschule Ahornweg dar und verweist auf die Integrationsaufgabe und –bemühungen der Schule. Schüler mit hohem Förderbedarf und die große Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund stellen eine Aufgabe dar, die die Schule allein nicht erfüllen kann. Er macht deutlich, dass es für die Schule wichtig ist, Kontakt mit Kooperationspartnern zu haben, zu halten und weiter auszubauen.

Die Beschreibung des Schulprofils ist dieser Niederschrift als Anlage 3 und ein Auszug aus dem Schulprogramm als Anlage 4 beigelegt.

Frau Coester verlässt die Sitzung um 18:30 Uhr.

8 Kinder- und Jugendsprechstunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Frau Bendig eröffnet die **Kinder- und Jugendsprechstunde**, die im Rahmen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erstmalig durchgeführt wird. Ihre Durchführung war seitens der Verwaltung für den Fall zugesagt worden, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in Einrichtungen tagt, die den Kindern und Jugendlichen vertraut sind.

Frau Bendig begrüßt **Schüler und Schülerinnen der Klasse 10A** der Hauptschule Ahornweg und deren Lehrerin, **Frau Elke Mück**, die die Kinder- und Jugendsprechstunde im Rahmen des Politikunterrichts vorbereitet haben.

Neben der Vermittlung von Lerninhalten blicken die Schüler und Schülerinnen in ihrem letzten Schuljahr auf viele außerschulische Aktivitäten zurück. Sie berichten den Ausschussmitgliedern von ihrem viertägigen Aufenthalt in Berlin mit umfangreichem Programm, ihrem Besuch des Landtags in Düsseldorf, ihrem Bewerbungstraining bei der Kreissparkasse Köln, ihrer Betriebsbesichtigung der Firma Zanders sowie ihrer gelungenen Abschlussfahrt an den Garda-See. Das dreiwöchige Betriebspraktikum schlossen die Schüler und Schülerinnen mit einer Ausstellung ab, in der sie Eltern und Betrieben ihre Praktikumsmappen präsentierten und von ihren Erfahrungen berichteten.

In der anschließenden Fragerunde interessieren sich die Schüler und Schülerinnen für die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), seine Besetzung und Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Ihre allgemein gehaltene Frage, was die Politik in Bergisch Gladbach für Jugendliche tut, präzisieren die Schüler und Schülerinnen in dem Wunsch nach besseren Busverbindungen in die einzelnen Stadtteile in den späten Abendstunden.

Auch der Wunsch nach mehr Unterstützung speziell für ausländische Jugendliche wird vorgetragen. Es wird festgestellt, dass nicht nur junge, sondern auch ältere Schüler und Schülerinnen oftmals der Hausaufgabenhilfe bedürfen. Frau Mück bestätigt, dass dies auch auf deutsche Kinder zutrifft, die aus sogenannten spracharmen Familien stammen.

Im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden neuen Lebensabschnitt fragen die Schüler und Schülerinnen, wer ihnen Hilfestellung bei Problemen mit Ausbildern oder dem Berufskolleg bieten kann. Sie erfahren vom Angebot der Jugendberatungsstelle der AWO und der Möglichkeit, kostenlosen Stützunterricht durch das ESTA-

Bildungswerk im Anspruch nehmen zu können.

Ausgehend von dem Wunsch, die Stadt möge eine Disco für Jugendliche betreiben, folgt ein intensives Gespräch zwischen den Schüler und Schülerinnen und den Mitgliedern des Ausschusses. Die Schüler und Schülerinnen formulieren, dass ausländische Jugendliche manchmal Probleme haben, in Discos eingelassen zu werden und das Angebot der Jugendeinrichtungen, zu festgelegten Zeiten Discoabende anzubieten, nicht ihren Bedürfnissen entspricht. Sie berichten von immer gewaltsamer werdenden Auseinandersetzungen, die sie sehr beschäftigen. Gezielte Provokationen von fremden Jugendlichen, oft unter Einfluss von Alkohol und Drogen, lassen Konflikte eskalieren. Sie wünschen sich von seiten ihrer Lehrer, ihrer Eltern und der Stadt mehr Konsequenz und Verlässlichkeit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen.

Frau Bendig verabschiedet die Schüler, Schülerinnen und Frau Mück. Sie dankt ihnen für ihre engagierten Diskussionsbeiträge. Für den Einstieg in ihren neuen Lebensabschnitt wünscht sie ihnen alles Gute und viel Erfolg.

Herr Heimann und Frau Ibe verlassen die Sitzung um 19:30 Uhr.

Frau Bendig unterbricht die Sitzung um 19:30 Uhr für eine kurze Pause, in der den Ausschussmitgliedern Gelegenheit gegeben wird, im Foyer die Exponate zum Beteiligungsprojekt *Kinder überplanen das Buchmühlengelände* zu besichtigen.

Die Sitzung wird um 19:45 Uhr fortgesetzt.

9 **Bericht über das Beteiligungsprojekt "Kinder überplanen das Buchmühlengelände"**

Frau Waltraud Thometzki-Krebs vom Kinderbüro der Stadt Bergisch Gladbach und Frau Damm-Linke, Schulleiterin der Kath. Grundschule Buchmühle, stellen die Ergebnisse des Beteiligungsprojekts *Kinder überplanen das Buchmühlengelände* vor.

Die Referentinnen berichten, dass die Kinder Wünsche zur Gestaltung von Spielorten zusammengetragen und formuliert haben, welche Bedürfnisse sie befriedigt sehen möchten. Für Spielorte, die gemeinsam mit den Kindern in der Stadt besichtigt wurden, vergaben die Kinder Lob und Tadel. Es stellte sich heraus, dass Spielorte nicht nur als solche definierte Spielplätze sind, sondern dass Kinder auch auf Stellen aufmerksam machten, die sie interessant finden, weil sie ihren Bedürfnissen entsprechen. Daraus ergeben sich Anregungen, die bei künftigen Planungen berücksichtigt werden sollten. Die Kooperationspartner – Schule und Kinderbüro – haben ihre eingangs formulierten Ziele überprüft und das Projekt reflektiert, um zu Schlussfolgerungen für künftige Kinderbeteiligungsprojekte zu kommen.

Frau Schöttler-Fuchs verlässt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Die Ausschussmitglieder loben den professionellen Vortrag. Sie zeigen sich davon

überzeugt, dass es eine Bereicherung für die Stadtplanung darstellt, wenn Kinder frühzeitig beteiligt werden. Frau Wöber-Servaes regt an, die Präsentation im Planungsausschuss zu wiederholen.

Während Herr Kikol darauf eingeht, dass Kinder für Dinge, die sie mit geschaffen haben, später auch mehr Verantwortungsbewusstsein zeigen, betont Herr Hoffstadt, dass Kinder durchaus in der Lage sind, für andere mit zu denken (z.B. für ihre jüngeren Geschwister und ältere Menschen) und ihre Wünsche auch zeigen können.

Im Hinblick auf die positiven Ergebnisse und Erfahrungen aus diesem Projekt fordert Herr Schnöring, sie auch in den Haushaltsberatungen umzusetzen. Er kritisiert, dass das Kinderbüro ebenso in der Produktkritik steht wie der Aus- und Neubau von Kinderspielplätzen.

Herr Neuheuser bittet im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu gegebener Zeit darüber zu berichten, inwieweit Vorstellungen der Kinder bei der tatsächlichen Umgestaltung des Buchmühlen-Geländes verwirklicht wurden.

Herr Hastrich sagt zu, den gewünschten Bericht zu gegebener Zeit zu erstatten und sich für die Präsentation im Planungsausschuss einzusetzen.

Die Dokumentation des medienunterstützten Vortrags von Frau Thometzki-Krebs und Frau Damm-Linke sowie die ausführliche Auswertung des Beteiligungsprojekts ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

Frau Bendig dankt Frau Damm-Linke und Frau Thometzki-Krebs für ihre Ausführungen.

10 Stand der Jugendhilfeplanung

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass er einen engen Zusammenhang zwischen dem zuvor präsentierten Beteiligungsprojekt und der Forderung nach familienfreundlichem Planen und Bauen in Bergisch Gladbach sieht.

Auf Anfrage von Herrn Hoffstadt, welche andere Kommune an der Erarbeitung eines Leitfadens im Bereich Spiel- und Freiflächen interessiert ist, antwortet Herr Zenz, dass es sich dabei um die Stadt Bonn handelt.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

11 Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne

Fragen der Ausschussmitglieder richten sich auf die Vereinbarungen zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt im Städtebaulichen Vertrag und der daraus resultierenden Notwendigkeit, den Kinderspielplatz planen und bauen zu müssen, obwohl die Fertigstellung erster Wohnhäuser erst für Mitte des Jahres 2003 zu erwarten ist. Vor allem werden Beschädigungen am Spielplatz durch anhaltende

Bautätigkeit erwartet.

Herr Hastrich erläutert, dass die Vertragspartner zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses von einer ehrgeizigeren Zeitplanung ausgingen, als sie sich jetzt verwirklichen lässt. Eine degressiv ausgestaltete Vertragsklausel beinhaltet, dass die Stadt Abschläge bei der Kostenerstattung seitens des Vorhabenträgers für den Bau und die Unterhaltung des Kinderspielplatzes hinnehmen muss, je später sie den Bau des Spielplatzes realisiert. Die vertragliche Verpflichtung der Stadt, einen Kinderspielplatz im Wert von 162.314,72 € zu bauen, bleibt dagegen - unabhängig von der Höhe der Kostenerstattung - bestehen.

Die Frage von Herrn Hoffstadt nach einer Kinderbeteiligung für die konkrete Maßnahme beantwortet Herr Zenz dahingehend, dass die Erfahrungen aus dem Beteiligungsprojekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände* und der anlässlich des in der Nähe zu errichtenden Spielplatzes in der Franz-Heider-Straße durchgeführten Partizipation berücksichtigt wurden.

Herr Neuheuser hält es für lobenswert, dass auf dem Spielplatz die Errichtung einer Boule-Bahn für Erwachsene vorgesehen ist. Damit könne erreicht werden, dass die ganze Familie gemeinsam Freizeit auf dem Spielplatz verbringen und jedes Familienmitglied adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten finden kann.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Spielplatz auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne in Hand soll wie im Entwurfsplan dargestellt errichtet werden. Für die Errichtung des Spielplatzes wird ein Betrag von 132.684,56 € veranschlagt.

Die Mittel zur Finanzierung des Spielplatzes sind über den „Städtebaulichen Vertrag“ für das Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne gesichert.

12 Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 - 2001

Herr Schäfer von der Kreispolizeibehörde verteilt an die Ausschussmitglieder statistisches Material zur Kinder- und Jugendkriminalität in der Stadt Bergisch Gladbach – Kriminalitätslagebild – 2001. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde auf einen mündlichen Vortrag verzichtet.

Herr Schnöring fragt nach der Wiederbesetzung der Stelle im Bereich der Jugendgerichtshilfe, wenn, wie zuvor dargestellt, der dort tätige Mitarbeiter neue Aufgaben in der Bezirkssozialarbeit erhält.

Herr Hastrich bestätigt, dass es zunächst eine Vakanz geben wird. Im Zusammenhang mit der immer dramatischer werdenden Haushaltslage der Stadt Bergisch Gladbach sind bei Eintritt jeder Vakanz Möglichkeiten zur Personaleinsparung zu prüfen. Sollte die Prüfung ergeben, dass auf Dauer im Bereich der Jugendgerichtshilfe 2,75 Stellen zur Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind, wird er sich für eine möglichst zügige

Wiederbesetzung einsetzen.

Aus der Sicht des Amtsgerichts appelliert Herr Sellmann wiederholt an die Verwaltung, den hohen Standard der Jugendgerichtshilfe in Bergisch Gladbach zu halten und für eine umgehende Wiederbesetzung der Stelle zu sorgen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Schäfer verlässt die Sitzung um 20:38 Uhr.

13 Statistik - Erziehungsberatung nach § 28 KJHG von 1996 bis 2001

Herr Hoffstadt fragt nach, ob die an ihn heran getragene Information zutrifft, dass das Jugendamt nur noch in verringertem Umfang Ratsuchende an die Erziehungsberatungsstellen weitervermittelt.

Dies verneint Herr Lindenau und stellt klar, dass das Jugendamt mit den Erziehungsberatungsstellen nicht nur nach wie vor im Hinblick auf die Durchführung von Erziehungsberatungen kooperiert, sondern auch in Bezug auf Trennungs- und Scheidungsberatung. Erfreulicherweise ist festzustellen, dass sich die Erziehungsberatungsstellen verstärkt den Problemen im Bereich sexuellen Missbrauchs von Kindern annehmen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

14 Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis

Herr Schnöring bittet im Zusammenhang mit der Adoptionsvermittlungstätigkeit um Vorlage von Zahlenmaterial.

Herr Hastrich teilt mit, dass das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 erneut zu finden sein wird. Er sagt zu, dass das gewünschte Zahlenmaterial bezogen auf die Stadt Bergisch Gladbach und den Rheinisch-Bergischen Kreis in die entsprechende Vorlage aufgenommen wird.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

15 Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"

Frau Wöber-Servaes stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) über die Positionen 5, 6 und 7 der vorgelegten Liste über angemeldete Investitionsvorhaben noch zu entscheiden hat. Sie fragt nach, ob noch

Finanzmittel für kleinere Reparaturen zur Verfügung stehen werden, wenn alle sieben Anträge bewilligt wurden.

Herr Zenz bestätigt, dass die Verwaltung nach Bewilligung aller aufgelisteten Anträge noch rd. 10.000 € zur Verfügung haben wird. Er führt ergänzend aus, dass Anträge auf Förderung von Maßnahmen derzeit nicht streng an die Richtlinien angelehnt bearbeitet, sondern im Einzelfall konsequent auf den tatsächlichen Bedarf hin überprüft werden, um insgesamt finanziell beweglicher bleiben zu können. Größere Maßnahmen werden ohnehin dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Rahmen einer Beschlussvorlage vorgelegt und verwaltungsseits mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung versehen. Für kleinere Maßnahmen, die die Verwaltung des Jugendamtes im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbst umsetzen kann, wird davon ausgegangen, dass die in der Vorlage beschriebene Vorgehensweise durch den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mitgetragen wird.

Auf Nachfrage von Herr Hoffstadt bestätigt Herr Hastrich, dass nach einer entsprechenden Abfrage im Frühjahr 2002 davon auszugehen ist, dass seitens der Träger alle größeren Investitionsanträge angemeldet wurden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der von der Verwaltung entwickelten und in der Beschlussvorlage dargestellten Verfahrensweise wird zugestimmt.

16 Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung für Kinder

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Kindertagesstätte im Hermann-Löns-Viertel bittet Herr Hoffstadt um Auskunft, ob seitens der Stadt eine Option auf ein Grundstück besteht, falls die Stadt sich zur Errichtung einer Kindertagesstätte in diesem Neubauviertel entschließen würde.

Herr Hastrich antwortet, dass eine Option auf ein Grundstück nicht besteht, da seinerzeit beschlossen wurde, die Versorgung mit Kindergartenplätzen anderweitig sicher zu stellen.

Herr Hoffstadt schlägt vor, mit dem Investor zu klären, ob eine diesbezügliche Option eingeräumt werden kann.

Herr Hastrich vertritt die Auffassung, dass nach Ansicht der Verwaltung des Jugendamtes für den angesprochenen Bereich eine befriedigende Lösung durch Angebotsverlagerung gefunden werden könnte und weitere Investitionen nicht erforderlich sein werden. Gespräche mit Investoren über die Bereitstellung von Wohnobjekten für die Umwidmung in eine Kindertagesstätte scheiterten an den strengen Anforderungen, insbesondere bezüglich des Außengeländes, die das Gesetz

über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung enthält.

Herr Zenz ergänzt, dass in Hand/Paffrath/Gronau durch die ins Auge gefassten Maßnahmen nun drei Gruppen mehr eingerichtet werden, als seinerzeit vorgesehen waren. Auch er geht von einer bedarfsdeckenden Versorgung im Hinblick auf die zu erwartende Bautätigkeit aus.

Frau Dehler sieht die Schließung des Angebots eines Schülertreffs für die Wilhelm-Wagener-Schule in der *Refrather Offenen Tür* kritisch, weil hierdurch nicht nur ein Betreuungsangebot für diese Schülerinnen und Schüler entfällt, sondern auch die mit der Betreuung verbundene Möglichkeit, ein Mittagessen einzunehmen.

Herr Zenz antwortet, dass das Angebot wegen zu geringer Teilnehmerzahlen in der bisherigen Form nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn es für die Schule Wittenbergstraße gleichzeitig einen höheren Bedarf gibt. Weder die Wilhelm-Wagener-Schule noch die Jugendhilfe haben für die Schülerinnen und Schüler bislang eine befriedigende Lösung finden können. Wenn nicht alle Betreuungswünsche erfüllt werden können, müssen infolge des begrenzten Budgets Prioritäten gesetzt werden.

Herr Eßer berichtet, dass er der Wilhelm-Wagener-Schule ein Betreuungsangebot 13+ unterbreitet habe, das offenbar bei der Schule nicht auf Interesse stößt.

Herr Zenz sagt im Interesse der Kinder/Jugendlichen eine nochmalige Kontaktaufnahme zu.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

17 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

17.1. Sitzungsorte für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Herr Neuheuser bittet, vor allem im Hinblick auf den zuvor geführten Meinungsaustausch mit den Schülerinnen und Schülern der Hauptschule Ahornweg, intensiv um alternative Sitzungsorte für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bemüht zu sein, um dort jeweils Kinder- und Jugendsprechstunden durchführen zu können.

Herr Hastrich antwortet, dass die Durchführung von Sitzungen außerhalb des Ratssaales mit einerseits erheblichem logistischem Aufwand verbunden ist. Andererseits sind Räumlichkeiten oft nicht geeignet, die große Sitzungsrunde bedürfnisentsprechend aufzunehmen. Im Hinblick auf die Länge der Sitzungen fühlt sich die Verwaltung im Sinne der Ausschussmitglieder verpflichtet, auch bei der Auswahl von Sitzungsorten insbesondere hierauf zu achten.

Dazu regt Herr Hoffstadt zur Organisation des Sitzungstages an, dass zunächst eine Einrichtung besichtigt, dort die Kinder- und

Jugendsprechstunde durchgeführt und danach die Sitzung im Ratssaal fortgeführt werden könnte.

17.2. Neubaugelbiet *Am Plackenbruch* in Schildgen

Herr Neuheuser erinnert an den Wunsch der Ausschussmitglieder, größere Planungsvorhaben im Hinblick auf die Berücksichtigung sozialer Belange auch im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zur Beratung vorgelegt zu bekommen. Konkret spricht Herr Neuheuser das geplante Neubaugelbiet *Am Plackenbruch* in Schildgen an. Hier sollen 46 Wohneinheiten entstehen. Er berichtet, dass im Planungsgebiet, trotz der ohnehin geringen Spielplatzdichte in Schildgen, kein Spielplatz geplant ist und diese Planung möglicherweise auch nicht mehr zu korrigieren sei.

Herr Hastrich sagt zu, der konkreten Anregung nachzugehen und bezüglich künftiger Beteiligungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zusammen mit dem Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* Vorstellungen zu entwickeln.

17.3. Verzicht des Arbeitsamtes Bergisch Gladbach auf seine beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Herr Schnöring teilt mit, dass das Arbeitsamt Bergisch Gladbach gegenüber dem Jugendamt des Rheinisch-Bergischen Kreises erklärt hat, wegen derzeit fehlender personeller Kapazitäten nicht mehr an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen zu können. Herr Schnöring erkundigt sich, ob dies auch für die Teilnahme an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach zutrefte.

Herr Hastrich bestätigt, dass ein entsprechendes Schreiben auch beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach eingegangen ist und er dies in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mitgeteilt hat.

Herr Schnöring bittet dem Direktor des Arbeitsamtes ein Schreiben des Inhalts zukommen zu lassen, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) diese Haltung im Hinblick auf die Fachkompetenz, die das Arbeitsamt im Hinblick auf die Jugendberufshilfe einbringen könnte, missbilligt. Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass so verfahren werden soll.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 21:00 Uhr.

|

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 24.04.2002 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Bezüglich Punkt 7 des Durchführungsberichts teilt Herr Schnöring mit, dass er mit dem Antwortschreiben der Verwaltung nicht zufrieden ist. Er bittet den Begriff „mittelfristige Weiterverfolgung“ zu präzisieren. Er beantragt die Verwaltung zu beauftragen, innerhalb des kommenden halben Jahres bezüglich des Bolzplatzes in Neu-Frankenforst Planungen vorzulegen.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einigkeit, dass auch der Errichtung eines Spiel-/Bolzplatzes Priorität eingeräumt werden könnte und die Vorlage der Planungsunterlagen in angemessener Frist erwartet werden kann.

Herr Hastrich sagt zu, beim zuständigen Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* in der vorgetragenen Weise zu intervenieren und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 zu berichten. Es besteht Einigkeit dahingehend, die Angelegenheit künftig wieder im Bereich Jugend zu behandeln.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Zu Punkt 1 der Mitteilungsvorlage ergänzt Herr Hastrich, dass die Vorlage bezüglich der Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirats in Ratsausschüsse für den Hauptausschuss und den Rat bei Drucklegung der Unterlagen für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) noch nicht fertiggestellt war und deshalb dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorab nicht im Wortlaut zur Kenntnis gebracht werden konnte. Nach der Behandlung der

Beschlussvorlage im Rat wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) das Beratungsergebnis zur Kenntnis gebracht.

Herr Hastrich kündigt weiterhin an, dass der Niederschrift der Bericht aus dem Ausländerbeirat (Drucksachen-Nr. 415/2002) beigelegt wird. Auf die Anlage 7 wird verwiesen.

Herr Hastrich weist auf die Abschlussveranstaltung der Projektwoche zum Thema *Bildung im Alter* hin, die am 28.06.2002 stattfindet und lädt die Ausschussmitglieder zu dieser ein. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 ist ein Bericht über die Projektwoche vorgesehen.

5 Förderung der Verbraucherberatung

Herr Schnöring erinnert an den Beschluss des Rates vom 03.07.2001, nach dem die Verbraucherzentrale aus Mitteln der Stadt Bergisch Gladbach über den 01.01.2003 hinaus nur gefördert werden soll, falls sich die umliegenden Kommunen an der Finanzierung anteilig beteiligen. Nach Ansicht von Herrn Schnöring sei es jedoch fraglich, ob die in der Mitteilungsvorlage zur Sitzung dargestellte ablehnende Haltung der Kommunen – außer der Gemeinde Kürten – das Beratungsergebnis politischer Gremien widerspiegelt oder ob es sich um die Aussagen der jeweiligen Hauptkommunalbeamten handelt. Aus den Gemeinden Odenthal und Rösrath wisse er, dass die Fachausschüsse sich nach der Sommerpause im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen mit der Angelegenheit befassen wollen. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Verbraucherzentrale eine wichtige und erhaltenswerte Einrichtung.

Herr Hoffstadt teilt mit, dass die SPD-Fraktion zur nächsten Ratssitzung einen Antrag gestellt hat, der auf den Erhalt der Verbraucherzentrale zielt.

Herr Hastrich stellt klar, dass der Informationsaustausch zwischen den Kommunen auch auf der Ebene der Fachbereichsleiter und Fachämter geführt wurde. Nach seiner Information ist die Meinungsbildung in Kürten in den politischen Gremien erfolgt. Allerdings könne es nicht Aufgabe der Verwaltung sein zu überprüfen, wie die Antwort der einzelnen Kommunen zu Stande gekommen sei.

Herr Neuheuser meint, dass der Verbraucherschutz weiterhin als kommunale Aufgabe betrachtet werden müsse.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6 Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hastrich weist auf den geänderten Beschlussvorschlag hin, der an die Ausschussmitglieder verteilt wurde. Nach Drucklegung der vorliegenden zweiten Fassung der Rahmenrichtlinien sind seitens des Caritasverbandes weitere Änderungswünsche vorgetragen worden, die der Erörterung bedürfen; grundsätzliche Einwände gegen die Rahmenrichtlinien hat der Caritasverband nicht erhoben. Wenn auch die Rahmenrichtlinien keine Vereinbarung der Stadt mit den freien Trägern darstellt, sondern einen Beschluss des Rates, ist es dennoch angezeigt, im Hinblick auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit soweit möglich Einvernehmen herzustellen. Deshalb ist der neue Beschlussvorschlag formuliert worden, der auch mit dem Caritasverband abgestimmt wurde.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann hat sich in seiner Sitzung am 20.06.2002 mit den Rahmenrichtlinien befasst. Unter dem Gesichtspunkt, dass in den Rahmenrichtlinien grundsätzliche Zielsetzungen beschrieben werden und auch der Gedanke des Gender-Mainstreamings aufgenommen wurde, begrüßt der Ausschuss die Vorlage und bittet den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ihr zu folgen.

Vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Richtlinien zum 01.01.2003 für den Bereich der Sozialen Arbeit gekündigt wurden und ab Januar 2003 eine Arbeit im rechtsfreien Raum möglichst vermeiden werden sollte, schlägt die Verwaltung vor, der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) möge sich grundsätzlich zu der den Rahmenrichtlinien zu Grunde liegenden Systematik äußern und in der nächsten Sitzung sowohl die endgültig abgestimmten Rahmenrichtlinien als auch - im Vorgriff auf ihre Beschlussfassung durch den Rat - die Zielvereinbarungen beraten und gegebenenfalls beschließen.

Die Sprecher der Fraktionen äußern ausdrücklich ihre Zustimmung zu den vorliegenden Rahmenrichtlinien. Auf Nachfrage von Herrn Hoffstadt versichert Herr Hastrich, dass in der vorgesehenen Gesprächsrunde keine substantiellen Veränderungen beabsichtigt sind.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 1. Die Beschlussfassung über die vorliegenden Rahmenrichtlinien wird bis zu seiner nächsten Sitzung ausgesetzt, damit die Verwaltung Einzelheiten des Textes noch einmal mit den freien Trägern erörtern kann.**
- 2. Der Ausschuss hält an der angezielten Neuausrichtung des Miteinander von Politik, Verwaltung und freien Trägern und dem Wechsel der Finanzierungssystematik Ende 2002 fest. Damit der bei der Kündigung der Förderrichtlinien im April 2002 vorgesehene Zeitplan eingehalten wird,**
 - **beauftragt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien Zielvereinbarungen zu erarbeiten und dem Ausschuss ebenfalls in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen,**
 - **ermächtigt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien und angelehnt an die Entwürfe der Zielvereinbarungen bereits mit den freien Trägern die Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen zu beginnen.**

7 **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 21:28 Uhr.

Kristel Bendig

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
(Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Sabine Biesenbach

Schriftführerin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 - Jugend und Soziales	Datum 02.07.2002
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847 e-mail: s.biesenbach@fb5.stadt-gl.de

Niederschrift

**Jugendhilfeausschuss
(Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)**

**Sitzung am
Donnerstag, 27. Juni 2002**

Sitzungsort
**Schulzentrum Ahornweg
Ahornweg 70, 51469 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer
17:12 Uhr - 21:32 Uhr

Unterbrechungen
19:30 Uhr – 19:45 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnungspunkt

Inhalt

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**

2. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
318/2002
4. **Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**
5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
330/2002
6. **CitypLAN: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet**
231/2002
7. **Vorstellung der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg**
355/2002
8. **Kinder- und Jugendsprechstunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**
356/2002
9. **Bericht über das Beteiligungsprojekt "Kinder überplanen das Buchmühlengelände"**
331/2002
10. **Stand der Jugendhilfeplanung**
315/2002
11. **Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne**
332/2002
12. **Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 - 2001**
313/2002
13. **Statistik - Erziehungsberatung nach § 28 KJHG von 1996 bis 2001**
314/2002
14. **Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis**
352/2002
15. **Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"**
230/2002
16. **Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung für Kinder**
351/2002
17. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
319/2002**
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
329/2002**
5. **Förderung der Verbraucherberatung
361/2002**
6. **Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach
362/2002**
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Frau Bendig eröffnet die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:12 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie bedankt sich beim Schulleiter der Hauptschule Ahornweg, **Herrn Artur Broch**, für die Bereitschaft, die Aula des Schulzentrums als Sitzungsort zur Verfügung zu stellen und bei den anwesenden Schülern und Schülerinnen der Klasse 10A für die Tischdekoration.

Frau **Maria Evertz** nimmt erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Sie ist daher zu verpflichten. Die Vorsitzende begrüßt Frau Evertz in den Reihen des Ausschusses und verpflichtet sie in feierlicher Form. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

2 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 24.04.2002 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Bezüglich des Spielplatzes *Auf'm Büchel* regt Herr Neuheuser an zu prüfen, ob das Retentionsbecken (Regenrückhaltebecken), das direkt neben dem Spielplatz gebaut wird, zu Spielzwecken genutzt werden kann (z.B. als Matschecke).

Während Frau Wöber-Servaes sich lobend über die Durchführung intensiver Sicherheitsüberprüfungen auf Kinderspielplätzen äußert, weist Herr Hoffstadt darauf hin, dass sich dies aus der Verkehrssicherungspflicht der Stadt ergibt.

Herr Hastrich entschuldigt Herrn Kotulla, der urlaubsbedingt nicht an der Sitzung teilnimmt.

Weiterhin verweist Herr Hastrich auf das Schreiben der Verwaltung zur Beantwortung der Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs bezüglich der Verunreinigung der Spielplätze durch Hundekot. Es wurde als Tischvorlage verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Zur derzeitigen Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* führt Herr Hastrich aus, dass die vakanten Stellen in den Produktgruppen *Unterhaltungsvorschuss* und *Bezirkssozialarbeit* wiederbesetzt werden. Dies führt allerdings zu einer Vakanz im Bereich der *Jugendgerichtshilfe*.

Für die Arbeit in der *Betreuungsstelle* wurde, bis zum Ablauf des Mutterschutzes der Stelleninhaberin, aushilfsweise eine Mitarbeiterin mit halbem Beschäftigungsumfang abgeordnet.

Für die Stellenbesetzung im *Seniorenbüro* ergaben sich noch keine neuen Erkenntnisse. Dem Vorschlag zur Stellenbesetzung in der Produktgruppe *Hilfe in Notlagen*, die vermutlich zum 01.09.2002 erfolgen kann, hat der Personalrat kürzlich zugestimmt.

Im Übrigen wird der Durchführungsbericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich begrüßt **Herrn Heinrich Hölzl**, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG in der Stadt Bergisch Gladbach (AG 78)* als Gast an der Sitzung teilnimmt.

Sodann verweist er auf die Mitteilungsvorlage.

Herr Neuheuser geht auf die Mitteilung zum Jugendwettbewerb *Partizipation* ein. Er kritisiert, dass die Frist von der Ausschreibung des Wettbewerbs bis zum Einsendeschluss für die Beiträge lediglich rund vier Wochen betragen hat. Diese Zeit hält er für zu kurz, um damit beispielsweise Gruppen von Jugendverbänden und Schulklassen die Möglichkeit zu geben, Vorschläge zu entwickeln, zu diskutieren und einzureichen. Er regt an, den Wettbewerb erneut auszuschreiben. Dieser Meinung schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Herr Zenz erläutert, dass die Laufzeit des Wettbewerbs so kurz bemessen war, weil einerseits Ergebnisse aus der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgestellten Studie zur Partizipation „Bergisch Gladbach, wir machen mit“ genutzt und andererseits Ergebnisse aus dem ausgeschriebenen Wettbewerb noch vor den Sommerferien vorgestellt werden sollten. Eine Sitzung des Arbeitskreises *Partizipation* ist für den 18.07.2002 vorgesehen. Hier soll es unter anderem um die Festlegung von Bewertungskriterien für eingereichte Wettbewerbsbeiträge gehen und um die Frage, wie die Ergebnisse in Bergisch

Gladbach umgesetzt werden sollen.

Herr Hastrich betont, dass die Verwaltung daran interessiert ist, Möglichkeiten zur Beteiligung zu eröffnen. Er sagt zu, die Schulen und die Institutionen der Jugendhilfe noch vor den Sommerferien darüber zu informieren, dass die Einsendemöglichkeit bis zu den Herbstferien ausgedehnt wird. Die Ergebnisse könnten in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 präsentiert werden.

6 CitypLAN: Das Planspiel zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet

Der Agenda-Beauftragte der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Carsten Mai, stellt das Planspiel zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet *Cityplan* vor.

Bei dem Spiel handelt es sich um ein Projekt zur Partizipation, das sich des Mediums Internet bedient, um Gruppen zu erreichen, die durch anderweitige Partizipationsangebote nicht zur Teilnahme gewonnen werden konnten.

Die gleichberechtigte Entwicklung der sozialen Belange sowie der Belange von Umwelt und Wirtschaft zur nachhaltigen Stadtentwicklung anhand einer vom *Spielleiter* (Agenda-Beauftragter) konkret gestellten Aufgabe stehen im Mittelpunkt des Spiels. Nicht das strategische Ausspielen der Belange gegeneinander ist Ziel, sondern deren gleichberechtigte Entwicklung und Verknüpfung miteinander. In einem *Forum* haben bis zu zehn angemeldete Gruppen von Spielern die Möglichkeit, Lösungsansätze zur Stadtentwicklung vorzustellen, mit anderen Gruppen in Kontakt zu treten und gegenseitig Argumente auszutauschen. Am *Kiosk*, das die Funktion der Presse und öffentlichen Meinung erfüllt, können Reaktionen auf die letzte Aktion der Gruppe abgefragt werden. Die Auswertung der Gruppenbeiträge erfolgt über die Vergabe von Punkten nach einem Punktesystem, mit dem die Beeinflussung auf die Stadtentwicklung, der *Stadtwert*, bewertet werden soll. Die Dauer eines Spiels ist auf vier bis sechs Wochen angelegt.

Auf die Frage von Herr Heimann nach dem Projektstart erläutert Herr Mai, dass das technische und inhaltliche Konzept des Spiels fertig entwickelt ist. Der Projektstart ist abhängig von der Finanzierung durch Sponsoren. Hierzu wurden Firmen und Organisationen angesprochen, die teilweise ihre Förderbereitschaft signalisiert haben. Herr Mai appelliert an die Ausschussmitglieder, Ideen an ihn weiterzugeben, die zu Sponsorenkontakten und -beteiligungen führen könnten. Erst in einem nächsten Schritt können Gruppen zur Teilnahme am Spiel eingeladen werden. Frau Lehnert bittet darum, auch Behindertenorganisationen als Spielpartner anzusprechen. Einige Ausschussmitglieder benennen potenzielle Sponsoren oder sagen zu, sich für das Projekt zu verwenden.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder, wie die Aufgaben des Spiels geartet sind, antwortet Herr Mai, dass sowohl fiktive Aufgabenstellungen eingespeist werden können, als auch Fragestellungen, die in Bergisch Gladbach real zur Lösung anstehen. Er rät, nur solche Aufgaben einzugeben, die nach dem Willen von Politik und Verwaltung ergebnisoffen diskutiert werden können und für die Partizipation angestrebt wird. Auch Sponsoren kann die Möglichkeit eröffnet werden, eigene Fragestellungen als Aufgaben in das Spiel einzubringen.

Herr Mai führt aus, dass als Partner die im Technologiepark ansässige **Firma Oevermann Networks GmbH** gewonnen werden konnte, die mit dem *Börsenspiel* der Kreissparkasse bekannt geworden ist. Daraus resultierende Kontakte, vor allem zu Schulen, sollen nun für *Cityplan* genutzt werden. Langfristig erwartet Herr Mai mit dem Weiterverkauf der Spielidee Einnahmemöglichkeiten für den städtischen Haushalt.

Die Ausschussmitglieder loben das Spiel als innovatives Agenda-Projekt. Sie begrüßen, dass in dem Spiel der Beachtung sozialer Belange ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Herr Mai wird gebeten, zu gegebener Zeit eine Auswertung der ersten Spielrunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorzustellen. Es wird weiterhin gewünscht, auch die übrigen Projekte der Lokalen Agenda in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgestellt zu bekommen.

Herr Neuheuser zeigt sich erfreut, dass so viele verschiedene Möglichkeiten gefunden wurden, Partizipation umzusetzen. Er berichtet von Jugendlichen, die die Idee entwickelt haben, ein Portal für Bergisch Gladbach zu schaffen, in dem von Verwaltung und Politik getroffene Entscheidungen und Beschlüsse abgerufen und Sachstände zu laufenden Vorhaben eingesehen werden können.

Die Dokumentation der Vorführversion des Spiels ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Herr Mai weist ausdrücklich darauf hin, dass die Spielversion ansprechender und benutzerfreundlicher gestaltet sein wird.

Frau Bendig dankt Herrn Mai für seine Ausführungen.

7 Vorstellung der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg

Herr Artur Broch, Schulleiter der Hauptschule Ahornweg, begrüßt seinerseits die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und die Gäste. Er stellt die Schule und das seitens des Kollegiums entwickelte Schulprogramm vor.

Anhand von Beispielen je einer sechsten, neunten und zehnten Klasse stellt Herr Broch die vielfältige Zusammensetzung von Schulklassen an der Hauptschule Ahornweg dar und verweist auf die Integrationsaufgabe und –bemühungen der Schule. Schüler mit hohem Förderbedarf und die große Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund stellen eine Aufgabe dar, die die Schule allein nicht erfüllen kann. Er macht deutlich, dass es für die Schule wichtig ist, Kontakt mit Kooperationspartnern zu haben, zu halten und weiter auszubauen.

Die Beschreibung des Schulprofils ist dieser Niederschrift als Anlage 3 und ein Auszug aus dem Schulprogramm als Anlage 4 beigefügt.

Frau Coester verlässt die Sitzung um 18:30 Uhr.

8 Kinder- und Jugendsprechstunde im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Frau Bendig eröffnet die **Kinder- und Jugendsprechstunde**, die im Rahmen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erstmalig durchgeführt wird. Ihre Durchführung war seitens der Verwaltung für den Fall zugesagt worden, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in Einrichtungen tagt, die den Kindern und Jugendlichen vertraut sind.

Frau Bendig begrüßt **Schüler und Schülerinnen der Klasse 10A** der Hauptschule Ahornweg und deren Lehrerin, **Frau Elke Mück**, die die Kinder- und Jugendsprechstunde im Rahmen des Politikunterrichts vorbereitet haben.

Neben der Vermittlung von Lerninhalten blicken die Schüler und Schülerinnen in ihrem letzten Schuljahr auf viele außerschulische Aktivitäten zurück. Sie berichten den Ausschussmitgliedern von ihrem viertägigen Aufenthalt in Berlin mit umfangreichem Programm, ihrem Besuch des Landtags in Düsseldorf, ihrem Bewerbungstraining bei der Kreissparkasse Köln, ihrer Betriebsbesichtigung der Firma Zanders sowie ihrer gelungenen Abschlussfahrt an den Garda-See. Das dreiwöchige Betriebspraktikum schlossen die Schüler und Schülerinnen mit einer Ausstellung ab, in der sie Eltern und Betrieben ihre Praktikumsmappen präsentierten und von ihren Erfahrungen berichteten.

In der anschließenden Fragerunde interessieren sich die Schüler und Schülerinnen für die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), seine Besetzung und Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Ihre allgemein gehaltene Frage, was die Politik in Bergisch Gladbach für Jugendliche tut, präzisieren die Schüler und Schülerinnen in dem Wunsch nach besseren Busverbindungen in die einzelnen Stadtteile in den späten Abendstunden.

Auch der Wunsch nach mehr Unterstützung speziell für ausländische Jugendliche wird vorgetragen. Es wird festgestellt, dass nicht nur junge, sondern auch ältere Schüler und Schülerinnen oftmals der Hausaufgabenhilfe bedürfen. Frau Mück bestätigt, dass dies auch auf deutsche Kinder zutrifft, die aus sogenannten spracharmen Familien stammen.

Im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden neuen Lebensabschnitt fragen die Schüler und Schülerinnen, wer ihnen Hilfestellung bei Problemen mit Ausbildern oder dem Berufskolleg bieten kann. Sie erfahren vom Angebot der Jugendberatungsstelle der AWO und der Möglichkeit, kostenlosen Stützunterricht durch das ESTA-Bildungswerk im Anspruch nehmen zu können.

Ausgehend von dem Wunsch, die Stadt möge eine Disco für Jugendliche betreiben, folgt ein intensives Gespräch zwischen den Schüler und Schülerinnen und den Mitgliedern des Ausschusses. Die Schüler und Schülerinnen formulieren, dass ausländische Jugendliche manchmal Probleme haben, in Discos eingelassen zu werden und das Angebot der Jugendeinrichtungen, zu festgelegten Zeiten Discoabende anzubieten, nicht ihren Bedürfnissen entspricht. Sie berichten von immer gewaltsamer werdenden Auseinandersetzungen, die sie sehr beschäftigen.

Gezielte Provokationen von fremden Jugendlichen, oft unter Einfluss von Alkohol und Drogen, lassen Konflikte eskalieren. Sie wünschen sich von seiten ihrer Lehrer, ihrer Eltern und der Stadt mehr Konsequenz und Verlässlichkeit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen.

Frau Bendig verabschiedet die Schüler, Schülerinnen und Frau Mück. Sie dankt ihnen für ihre engagierten Diskussionsbeiträge. Für den Einstieg in ihren neuen Lebensabschnitt wünscht sie ihnen alles Gute und viel Erfolg.

Herr Heimann und Frau Ibe verlassen die Sitzung um 19:30 Uhr.

Frau Bendig unterbricht die Sitzung um 19:30 Uhr für eine kurze Pause, in der den Ausschussmitgliedern Gelegenheit gegeben wird, im Foyer die Exponate zum Beteiligungsprojekt *Kinder überplanen das Buchmühlengelände* zu besichtigen.

Die Sitzung wird um 19:45 Uhr fortgesetzt.

9 **Bericht über das Beteiligungsprojekt "Kinder überplanen das Buchmühlengelände"**

Frau Waltraud Thometzki-Krebs vom Kinderbüro der Stadt Bergisch Gladbach und Frau Damm-Linke, Schulleiterin der Kath. Grundschule Buchmühle, stellen die Ergebnisse des Beteiligungsprojekts *Kinder überplanen das Buchmühlengelände* vor.

Die Referentinnen berichten, dass die Kinder Wünsche zur Gestaltung von Spielorten zusammengetragen und formuliert haben, welche Bedürfnisse sie befriedigt sehen möchten. Für Spielorte, die gemeinsam mit den Kindern in der Stadt besichtigt wurden, vergaben die Kinder Lob und Tadel. Es stellte sich heraus, dass Spielorte nicht nur als solche definierte Spielplätze sind, sondern dass Kinder auch auf Stellen aufmerksam machten, die sie interessant finden, weil sie ihren Bedürfnissen entsprechen. Daraus ergeben sich Anregungen, die bei künftigen Planungen berücksichtigt werden sollten. Die Kooperationspartner – Schule und Kinderbüro – haben ihre eingangs formulierten Ziele überprüft und das Projekt reflektiert, um zu Schlussfolgerungen für künftige Kinderbeteiligungsprojekte zu kommen.

Frau Schöttler-Fuchs verlässt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Die Ausschussmitglieder loben den professionellen Vortrag. Sie zeigen sich davon überzeugt, dass es eine Bereicherung für die Stadtplanung darstellt, wenn Kinder frühzeitig beteiligt werden. Frau Wöber-Servaes regt an, die Präsentation im Planungsausschuss zu wiederholen.

Während Herr Kikol darauf eingeht, dass Kinder für Dinge, die sie mit geschaffen haben, später auch mehr Verantwortungsbewusstsein zeigen, betont Herr Hoffstadt, dass Kinder durchaus in der Lage sind, für andere mit zu denken (z.B. für ihre jüngeren Geschwister und ältere Menschen) und ihre Wünsche auch zeigen können.

Im Hinblick auf die positiven Ergebnisse und Erfahrungen aus diesem Projekt fordert Herr Schnöring, sie auch in den Haushaltsberatungen umzusetzen. Er kritisiert, dass das Kinderbüro ebenso in der Produktkritik steht wie der Aus- und Neubau von Kinderspielplätzen.

Herr Neuheuser bittet im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu gegebener Zeit darüber zu berichten, inwieweit Vorstellungen der Kinder bei der tatsächlichen Umgestaltung des Buchmühlen-Geländes verwirklicht wurden.

Herr Hastrich sagt zu, den gewünschten Bericht zu gegebener Zeit zu erstatten und sich für die Präsentation im Planungsausschuss einzusetzen.

Die Dokumentation des medienunterstützten Vortrags von Frau Thometzki-Krebs und Frau Damm-Linke sowie die ausführliche Auswertung des Beteiligungsprojekts ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

Frau Bendig dankt Frau Damm-Linke und Frau Thometzki-Krebs für ihre Ausführungen.

10 Stand der Jugendhilfeplanung

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass er einen engen Zusammenhang zwischen dem zuvor präsentierten Beteiligungsprojekt und der Forderung nach familienfreundlichem Planen und Bauen in Bergisch Gladbach sieht.

Auf Anfrage von Herrn Hoffstadt, welche andere Kommune an der Erarbeitung eines Leitfadens im Bereich Spiel- und Freiflächen interessiert ist, antwortet Herr Zenz, dass es sich dabei um die Stadt Bonn handelt.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

11 Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne

Fragen der Ausschussmitglieder richten sich auf die Vereinbarungen zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt im Städtebaulichen Vertrag und der daraus resultierenden Notwendigkeit, den Kinderspielplatz planen und bauen zu müssen, obwohl die Fertigstellung erster Wohnhäuser erst für Mitte des Jahres 2003 zu erwarten ist. Vor allem werden Beschädigungen am Spielplatz durch anhaltende Bautätigkeit erwartet.

Herr Hastrich erläutert, dass die Vertragspartner zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses von einer ehrgeizigeren Zeitplanung ausgingen, als sie sich jetzt verwirklichen lässt. Eine degressiv ausgestaltete Vertragsklausel beinhaltet, dass die Stadt Abschläge bei der Kostenerstattung seitens des Vorhabenträgers für den Bau und die Unterhaltung des Kinderspielplatzes hinnehmen muss, je später sie den Bau des Spielplatzes realisiert. Die vertragliche Verpflichtung der Stadt, einen Kinderspielplatz im Wert von 162.314,72 € zu bauen, bleibt dagegen - unabhängig

von der Höhe der Kostenerstattung - bestehen.

Die Frage von Herrn Hoffstadt nach einer Kinderbeteiligung für die konkrete Maßnahme beantwortet Herr Zenz dahingehend, dass die Erfahrungen aus dem Beteiligungsprojekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände* und der anlässlich des in der Nähe zu errichtenden Spielplatzes in der Franz-Heider-Straße durchgeführten Partizipation berücksichtigt wurden.

Herr Neuheuser hält es für lobenswert, dass auf dem Spielplatz die Errichtung einer Boule-Bahn für Erwachsene vorgesehen ist. Damit könne erreicht werden, dass die ganze Familie gemeinsam Freizeit auf dem Spielplatz verbringen und jedes Familienmitglied adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten finden kann.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Spielplatz auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne in Hand soll wie im Entwurfsplan dargestellt errichtet werden. Für die Errichtung des Spielplatzes wird ein Betrag von 132.684,56 € veranschlagt. Die Mittel zur Finanzierung des Spielplatzes sind über den „Städtebaulichen Vertrag“ für das Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne gesichert.

12 Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 - 2001

Herr Schäfer von der Kreispolizeibehörde verteilt an die Ausschussmitglieder statistisches Material zur Kinder- und Jugendkriminalität in der Stadt Bergisch Gladbach – Kriminalitätslagebild – 2001. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde auf einen mündlichen Vortrag verzichtet.

Herr Schnöring fragt nach der Wiederbesetzung der Stelle im Bereich der Jugendgerichtshilfe, wenn, wie zuvor dargestellt, der dort tätige Mitarbeiter neue Aufgaben in der Bezirkssozialarbeit erhält.

Herr Hastrich bestätigt, dass es zunächst eine Vakanz geben wird. Im Zusammenhang mit der immer dramatischer werdenden Haushaltslage der Stadt Bergisch Gladbach sind bei Eintritt jeder Vakanz Möglichkeiten zur Personaleinsparung zu prüfen. Sollte die Prüfung ergeben, dass auf Dauer im Bereich der Jugendgerichtshilfe 2,75 Stellen zur Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind, wird er sich für eine möglichst zügige Wiederbesetzung einsetzen.

Aus der Sicht des Amtsgerichts appelliert Herr Sellmann wiederholt an die Verwaltung, den hohen Standard der Jugendgerichtshilfe in Bergisch Gladbach zu halten und für eine umgehende Wiederbesetzung der Stelle zu sorgen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Schäfer verlässt die Sitzung um 20:38 Uhr.

13 Statistik - Erziehungsberatung nach § 28 KJHG von 1996 bis 2001

Herr Hoffstadt fragt nach, ob die an ihn heran getragene Information zutrifft, dass das Jugendamt nur noch in verringertem Umfang Ratsuchende an die Erziehungsberatungsstellen weitervermittelt.

Dies verneint Herr Lindenau und stellt klar, dass das Jugendamt mit den Erziehungsberatungsstellen nicht nur nach wie vor im Hinblick auf die Durchführung von Erziehungsberatungen kooperiert, sondern auch in Bezug auf Trennungs- und Scheidungsberatung. Erfreulicherweise ist festzustellen, dass sich die Erziehungsberatungsstellen verstärkt den Problemen im Bereich sexuellen Missbrauchs von Kindern annehmen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

14 Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis

Herr Schnöring bittet im Zusammenhang mit der Adoptionsvermittlungstätigkeit um Vorlage von Zahlenmaterial.

Herr Hastrich teilt mit, dass das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 erneut zu finden sein wird. Er sagt zu, dass das gewünschte Zahlenmaterial bezogen auf die Stadt Bergisch Gladbach und den Rheinisch-Bergischen Kreis in die entsprechende Vorlage aufgenommen wird.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

15 Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"

Frau Wöber-Servaes stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) über die Positionen 5, 6 und 7 der vorgelegten Liste über angemeldete Investitionsvorhaben noch zu entscheiden hat. Sie fragt nach, ob noch Finanzmittel für kleinere Reparaturen zur Verfügung stehen werden, wenn alle sieben Anträge bewilligt wurden.

Herr Zenz bestätigt, dass die Verwaltung nach Bewilligung aller aufgelisteten Anträge noch rd. 10.000 € zur Verfügung haben wird. Er führt ergänzend aus, dass Anträge auf Förderung von Maßnahmen derzeit nicht streng an die Richtlinien angelehnt bearbeitet, sondern im Einzelfall konsequent auf den tatsächlichen Bedarf hin überprüft werden, um insgesamt finanziell beweglicher bleiben zu können. Größere Maßnahmen werden ohnehin dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Rahmen einer Beschlussvorlage vorgelegt und verwaltungsseits

mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung versehen. Für kleinere Maßnahmen, die die Verwaltung des Jugendamtes im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbst umsetzen kann, wird davon ausgegangen, dass die in der Vorlage beschriebene Vorgehensweise durch den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mitgetragen wird.

Auf Nachfrage von Herr Hoffstadt bestätigt Herr Hastrich, dass nach einer entsprechenden Abfrage im Frühjahr 2002 davon auszugehen ist, dass seitens der Träger alle größeren Investitionsanträge angemeldet wurden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der von der Verwaltung entwickelten und in der Beschlussvorlage dargestellten Verfahrensweise wird zugestimmt.

16 Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung für Kinder

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Kindertagesstätte im Hermann-Löns-Viertel bittet Herr Hoffstadt um Auskunft, ob seitens der Stadt eine Option auf ein Grundstück besteht, falls die Stadt sich zur Errichtung einer Kindertagesstätte in diesem Neubaugebiet entschließen würde.

Herr Hastrich antwortet, dass eine Option auf ein Grundstück nicht besteht, da seinerzeit beschlossen wurde, die Versorgung mit Kindergartenplätzen anderweitig sicher zu stellen.

Herr Hoffstadt schlägt vor, mit dem Investor zu klären, ob eine diesbezügliche Option eingeräumt werden kann.

Herr Hastrich vertritt die Auffassung, dass nach Ansicht der Verwaltung des Jugendamtes für den angesprochenen Bereich eine befriedigende Lösung durch Angebotsverlagerung gefunden werden könnte und weitere Investitionen nicht erforderlich sein werden. Gespräche mit Investoren über die Bereitstellung von Wohnobjekten für die Umwidmung in eine Kindertagesstätte scheiterten an den strengen Anforderungen, insbesondere bezüglich des Außengeländes, die das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung enthält.

Herr Zenz ergänzt, dass in Hand/Paffrath/Gronau durch die ins Auge gefassten Maßnahmen nun drei Gruppen mehr eingerichtet werden, als seinerzeit vorgesehen waren. Auch er geht von einer bedarfsdeckenden Versorgung im Hinblick auf die zu erwartende Bautätigkeit aus.

Frau Dehler sieht die Schließung des Angebots eines Schülertreffs für die Wilhelm-Wagener-Schule in der *Refrather Offenen Tür* kritisch, weil hierdurch nicht nur ein Betreuungsangebot für diese Schülerinnen und Schüler entfällt, sondern auch die mit der Betreuung verbundene Möglichkeit, ein Mittagessen einzunehmen.

Herr Zenz antwortet, dass das Angebot wegen zu geringer Teilnehmerzahlen in der bisherigen Form nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn es für die Schule Wittenbergstraße gleichzeitig einen höheren Bedarf gibt. Weder die Wilhelm-Wagener-Schule noch die Jugendhilfe haben für die Schülerinnen und Schüler bislang eine befriedigende Lösung finden können. Wenn nicht alle Betreuungswünsche erfüllt werden können, müssen infolge des begrenzten Budgets Prioritäten gesetzt werden.

Herr Eßer berichtet, dass er der Wilhelm-Wagener-Schule ein Betreuungsangebot 13+ unterbreitet habe, das offenbar bei der Schule nicht auf Interesse stößt.

Herr Zenz sagt im Interesse der Kinder/Jugendlichen eine nochmalige Kontaktaufnahme zu.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

17 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

17.4. Sitzungsorte für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Herr Neuheuser bittet, vor allem im Hinblick auf den zuvor geführten Meinungsaustausch mit den Schülerinnen und Schülern der Hauptschule Ahornweg, intensiv um alternative Sitzungsorte für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bemüht zu sein, um dort jeweils Kinder- und Jugendsprechstunden durchführen zu können.

Herr Hastrich antwortet, dass die Durchführung von Sitzungen außerhalb des Ratssaales mit einerseits erheblichem logistischem Aufwand verbunden ist. Andererseits sind Räumlichkeiten oft nicht geeignet, die große Sitzungsrunde bedürfnisentsprechend aufzunehmen. Im Hinblick auf die Länge der Sitzungen fühlt sich die Verwaltung im Sinne der Ausschussmitglieder verpflichtet, auch bei der Auswahl von Sitzungsorten insbesondere hierauf zu achten.

Dazu regt Herr Hoffstadt zur Organisation des Sitzungstages an, dass zunächst eine Einrichtung besichtigt, dort die Kinder- und Jugendsprechstunde durchgeführt und danach die Sitzung im Ratssaal fortgeführt werden könnte.

17.5. Neubaugebiet *Am Plackenbruch* in Schildgen

Herr Neuheuser erinnert an den Wunsch der Ausschussmitglieder, größere Planungsvorhaben im Hinblick auf die Berücksichtigung sozialer Belange auch im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zur Beratung vorgelegt zu bekommen. Konkret spricht Herr Neuheuser das geplante Neubaugebiet *Am Plackenbruch* in Schildgen an. Hier sollen 46 Wohneinheiten entstehen. Er berichtet, dass im Planungsgebiet, trotz der

ohnehin geringen Spielplatzdichte in Schildgen, kein Spielplatz geplant ist und diese Planung möglicherweise auch nicht mehr zu korrigieren sei.

Herr Hastrich sagt zu, der konkreten Anregung nachzugehen und bezüglich künftiger Beteiligungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zusammen mit dem Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* Vorstellungen zu entwickeln.

17.6. Verzicht des Arbeitsamtes Bergisch Gladbach auf seine beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Herr Schnöring teilt mit, dass das Arbeitsamt Bergisch Gladbach gegenüber dem Jugendamt des Rheinisch-Bergischen Kreises erklärt hat, wegen derzeit fehlender personeller Kapazitäten nicht mehr an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen zu können. Herr Schnöring erkundigt sich, ob dies auch für die Teilnahme an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach zutreffe.

Herr Hastrich bestätigt, dass ein entsprechendes Schreiben auch beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach eingegangen ist und er dies in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mitgeteilt hat.

Herr Schnöring bittet dem Direktor des Arbeitsamtes ein Schreiben des Inhalts zukommen zu lassen, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) diese Haltung im Hinblick auf die Fachkompetenz, die das Arbeitsamt im Hinblick auf die Jugendberufshilfe einbringen könnte, missbilligt. Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass so verfahren werden soll.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 21:00 Uhr.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 24.04.2002 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Bezüglich Punkt 7 des Durchführungsberichts teilt Herr Schnöring mit, dass er mit dem Antwortschreiben der Verwaltung nicht zufrieden ist. Er bittet den Begriff „mittelfristige Weiterverfolgung“ zu präzisieren. Er beantragt die Verwaltung zu beauftragen, innerhalb des kommenden halben Jahres bezüglich des Bolzplatzes in Neu-Frankenforst Planungen vorzulegen.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einigkeit, dass auch der Errichtung eines Spiel-/Bolzplatzes Priorität eingeräumt werden könnte und die Vorlage der Planungsunterlagen in angemessener Frist erwartet werden kann.

Herr Hastrich sagt zu, beim zuständigen Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* in der vorgetragenen Weise zu intervenieren und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 zu berichten. Es besteht Einigkeit dahingehend, die Angelegenheit künftig wieder im Bereich Jugend zu behandeln.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Zu Punkt 1 der Mitteilungsvorlage ergänzt Herr Hastrich, dass die Vorlage bezüglich der Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirats in Ratsausschüsse für den Hauptausschuss und den Rat bei Drucklegung der Unterlagen für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) noch nicht fertiggestellt war und deshalb dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorab nicht im Wortlaut zur Kenntnis gebracht werden konnte. Nach der Behandlung der Beschlussvorlage im Rat wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) das Beratungsergebnis zur Kenntnis gebracht.

Herr Hastrich kündigt weiterhin an, dass der Niederschrift der Bericht aus dem Ausländerbeirat (Drucksachen-Nr. 415/2002) beigelegt wird. Auf die Anlage 7 wird verwiesen.

Herr Hastrich weist auf die Abschlussveranstaltung der Projektwoche zum Thema *Bildung im Alter* hin, die am 28.06.2002 stattfindet und lädt die Ausschussmitglieder zu dieser ein. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 ist ein Bericht über die Projektwoche vorgesehen.

5 Förderung der Verbraucherberatung

Herr Schnöring erinnert an den Beschluss des Rates vom 03.07.2001, nach dem die Verbraucherzentrale aus Mitteln der Stadt Bergisch Gladbach über den 01.01.2003 hinaus nur gefördert werden soll, falls sich die umliegenden Kommunen an der Finanzierung anteilig beteiligen. Nach Ansicht von Herrn Schnöring sei es jedoch fraglich, ob die in der Mitteilungsvorlage zur Sitzung dargestellte ablehnende Haltung der Kommunen – außer der Gemeinde Kürten – das Beratungsergebnis politischer Gremien widerspiegelt oder ob es sich um die Aussagen der jeweiligen Hauptkommunalbeamten handelt. Aus den Gemeinden Odenthal und Rösrath wisse er, dass die Fachausschüsse sich nach der Sommerpause im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen mit der Angelegenheit befassen wollen. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Verbraucherzentrale eine wichtige und erhaltenswerte Einrichtung.

Herr Hoffstadt teilt mit, dass die SPD-Fraktion zur nächsten Ratssitzung einen Antrag gestellt hat, der auf den Erhalt der Verbraucherzentrale zielt.

Herr Hastrich stellt klar, dass der Informationsaustausch zwischen den Kommunen auch auf der Ebene der Fachbereichsleiter und Fachämter geführt wurde. Nach seiner Information ist die Meinungsbildung in Kürten in den politischen Gremien erfolgt. Allerdings könne es nicht Aufgabe der Verwaltung sein zu überprüfen, wie die Antwort der einzelnen Kommunen zu Stande gekommen sei.

Herr Neuheuser meint, dass der Verbraucherschutz weiterhin als kommunale Aufgabe betrachtet werden müsse.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6 Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hastrich weist auf den geänderten Beschlussvorschlag hin, der an die Ausschussmitglieder verteilt wurde. Nach Drucklegung der vorliegenden zweiten Fassung der Rahmenrichtlinien sind seitens des Caritasverbandes weitere Änderungswünsche vorgetragen worden, die der Erörterung bedürfen; grundsätzliche Einwände gegen die Rahmenrichtlinien hat der Caritasverband nicht erhoben. Wenn

auch die Rahmenrichtlinien keine Vereinbarung der Stadt mit den freien Trägern darstellt, sondern einen Beschluss des Rates, ist es dennoch angezeigt, im Hinblick auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit soweit möglich Einvernehmen herzustellen. Deshalb ist der neue Beschlussvorschlag formuliert worden, der auch mit dem Caritasverband abgestimmt wurde.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann hat sich in seiner Sitzung am 20.06.2002 mit den Rahmenrichtlinien befasst. Unter dem Gesichtspunkt, dass in den Rahmenrichtlinien grundsätzliche Zielsetzungen beschrieben werden und auch der Gedanke des Gender-Mainstreamings aufgenommen wurde, begrüßt der Ausschuss die Vorlage und bittet den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ihr zu folgen.

Vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Richtlinien zum 01.01.2003 für den Bereich der Sozialen Arbeit gekündigt wurden und ab Januar 2003 eine Arbeit im rechtsfreien Raum möglichst vermeiden werden sollte, schlägt die Verwaltung vor, der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) möge sich grundsätzlich zu der den Rahmenrichtlinien zu Grunde liegenden Systematik äußern und in der nächsten Sitzung sowohl die endgültig abgestimmten Rahmenrichtlinien als auch - im Vorgriff auf ihre Beschlussfassung durch den Rat - die Zielvereinbarungen beraten und gegebenenfalls beschließen.

Die Sprecher der Fraktionen äußern ausdrücklich ihre Zustimmung zu den vorliegenden Rahmenrichtlinien. Auf Nachfrage von Herrn Hoffstadt versichert Herr Hastrich, dass in der vorgesehenen Gesprächsrunde keine substantiellen Veränderungen beabsichtigt sind.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 3. Die Beschlussfassung über die vorliegenden Rahmenrichtlinien wird bis zu seiner nächsten Sitzung ausgesetzt, damit die Verwaltung Einzelheiten des Textes noch einmal mit den freien Trägern erörtern kann.**
- 4. Der Ausschuss hält an der angezielten Neuausrichtung des Miteinander von Politik, Verwaltung und freien Trägern und dem Wechsel der Finanzierungssystematik Ende 2002 fest. Damit der bei der Kündigung der Förderrichtlinien im April 2002 vorgesehene Zeitplan eingehalten wird,**
 - **beauftragt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien Zielvereinbarungen zu erarbeiten und dem Ausschuss ebenfalls in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen,**
 - **ermächtigt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien und angelehnt an die Entwürfe der Zielvereinbarungen bereits mit den freien Trägern die Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen zu beginnen.**

7 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 21:28 Uhr.

Kristel Bendig

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
(Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Sabine Biesenbach

Schriftführerin